

Luxemburg, den 7. Juli 2018

Resolution – „Hinweisgeber“

Außenpolitische Kommission

Denunziation ist ein Thema, das direkt den Kern von Rechtsfragen betrifft. Es ist schwierig, eine Entscheidung zu treffen, da einige Fälle die nationale Sicherheit betreffen können, wie Chelsea Manning und Edward Snowden. Dennoch werfen sie bisher nicht bekannte Fragen auf oder enthüllen wichtige Informationen. Deshalb sind wir der Meinung, dass derartige Fakten erleichtert werden sollten. Dies ist besonders wichtig für Luxemburg, da das Land im Falle von LuxLeaks Unstimmigkeiten und Schwierigkeiten hatte, gegenüber den betroffenen Informanten Stellung zu beziehen.

Probleme

- A. In dem Bedauern über die großen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten beim Schutz von Hinweisgebern;
- B. Besorgt über den mangelnden Konsens bezüglich der Notwendigkeit, Hinweisgeber zu schützen;
- C. Angesichts der Tatsache, dass Luxemburg internationale Verpflichtungen hat;
- D. Sich die Frage stellend, ob Hinweisgeber vor Vergeltungsmaßnahmen durch den Beschuldigten und Klagen wegen Verleumdung oder Vertragsbruch geschützt werden sollten;
- E. In dem Bedauern darüber, dass es nicht klar ist, ob die Meldung unmoralischer Aktivitäten eine Denunziation darstellt;
- F. In der Erkenntnis, dass unnötige und sensible Informationen über den Beschuldigten, wie z. B. eine Privatadresse, mit tatsächlich nützlichen Informationen veröffentlicht werden können;

Lösungen

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten:

1. Unterstützt die Arbeit der EU an ihrer neuen Richtlinie über Denunziation;
2. Ist der Auffassung, dass Luxemburg seiner Verpflichtung zum Schutz politischer Flüchtlinge treu bleiben sollte, ohne durch letztere Verpflichtung eingeschränkt zu sein, und seinen internationalen Interessen Rechnung tragen sollte;

3. Fordert, dass alle Hinweisgeber angemessenen Schutz erhalten, da sie genaue und nützliche Informationen liefern oder Grund zu der Annahme hatten, dass die bereitgestellten Informationen zutreffend waren;
4. Schlägt die Schaffung einer EU-Einrichtung vor, die für die Administration von Denunziation und Informationsverbreitung an die Öffentlichkeit zuständig ist.

Wir, als außenpolitische Kommission, sind der Auffassung, dass Denunziation wichtig ist, um unsere Systeme offen und sauber zu halten. Aus diesem Grund unterstützen wir die Einrichtungen, die diese Art von Fakten in einem rechtlichen Rahmen ermöglichen. Wir sind auch der Meinung, dass die EU ein Gremium zur Unterstützung von Personen haben sollte, die sich aus irgendeinem Grund nicht in ihr Unternehmen oder Land begeben wollen, da die EU-Institutionen bereits über leistungsfähige Systeme zum Schutz von Hinweisgebern verfügen.